



BESOLDUNGS- UND TARIFRUNDE BUND 2010

Festhalten – Wir sind gemeinsam unterwegs!



Sachstand

Die Rahmenbedingungen für die Tarif- und Besoldungsrunde sind alles andere als günstig. Die Folgen der durch die Bankenkrise ausgelösten Wirtschaftskrise machen sich durch sinkende Steuereinnahmen im Bundeshaushalt deutlich. Wie aber nunmehr aus der Krise rauskommen? Es wäre ungerecht und auch nicht dem öffentlichen Dienst dienlich, auf dem Rücken der Beschäftigten diese Krise ausbaden zu wollen.

Mehr auf Seite 2.

Zielsetzungen

Die Beschäftigungsbedingungen zu verbessern, Besoldung und Versorgung zu erhöhen um dadurch auch die Inlandsnachfrage zu steigern. Dies könnten die wesentlichen Ziele von ver.di in der beginnenden Tarif- und Besoldungsrunde sein. Wohin des Weges?

Mehr auf Seite 3.

Handlungswege

Gemeinsames und konsequentes Vorgehen sind die wichtigsten Voraussetzungen, um Ziele erreichen zu können. Forderungen zu stellen ist die eine, sie durchzusetzen eine andere Sache. Handeln statt hoffen ist angesagt! Was können Beamtinnen und Beamte tun?

Mehr auf Seite 4.

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

die Besoldungsrunde steht unter keinem guten Stern, macht sich doch wirtschaftliche Rezession bei den Steuereinnahmen des Bundes negativ bemerkbar. Im ersten Augenblick könnten einige geneigt sein, die nächste Tarif- und Besoldungsrunde ausfallen zu lassen. Doch ein solches Vorgehen wäre gegenüber den Beschäftigten, die tagtäglich hochwertige Dienstleistungen erbringen, nicht gerechtfertigt.

Gemeinwohl spielt wieder eine wichtige Rolle. Der öffentliche Dienst leistet dazu Großartiges für Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft. Nicht nur für Stabilität in Krisen, sondern auch in Zukunftsfeldern, wie im Technologie-, Umwelt- und Bildungsbereich. Investitionen in das wichtigste Gut, nämlich den Menschen, zahlen sich aus.

Dafür werden wir uns einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Achim Meerkamp
Achim Meerkamp
Mitglied des Bundesvorstandes

Klaus Weber
Klaus Weber
Bundessekretär für
Beamtinnen und Beamte

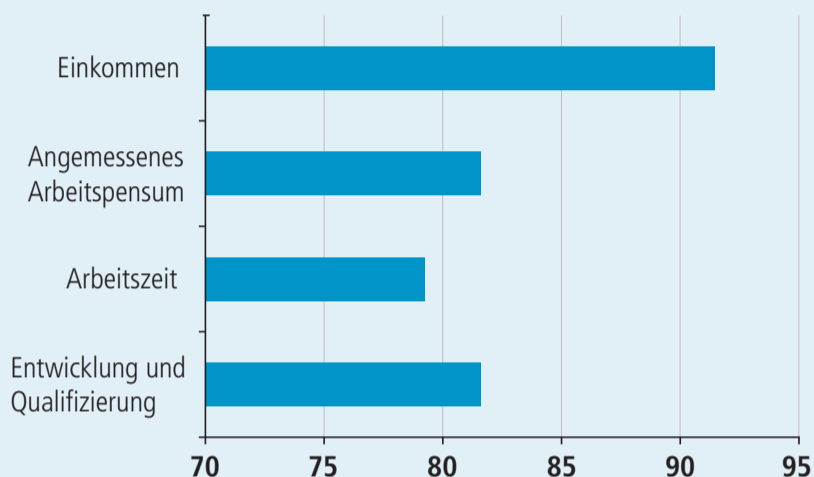
Die Lage ist ernst... ...aber nicht hoffnungslos!

Wissen und Können der Menschen sind die wichtigsten Grundlagen für hochwertige Dienstleistungsqualität. Es ist aber nicht alles zum Besten bestellt, wenn es um die Voraussetzung für die Entwicklungsmöglichkeiten von Beschäftigten und damit auch von Verwaltungen und Unternehmen geht. Mit dem DGB-Index „Gute

Arbeit“ wird ein repräsentatives, wissenschaftlich fundiertes Werkzeug bereitgestellt, um die Arbeitssituation zu analysieren und verbessern zu können. So sehen die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung ihre Lage und dies ist sicher auch typisch für andere Wirtschaftszweige, wie bei den Postnachfolgeunternehmen.

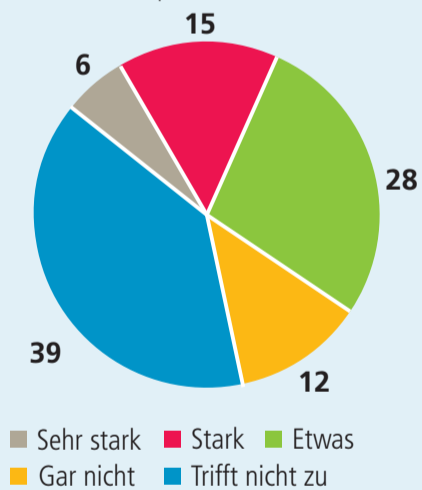
Gute Arbeit aus Sicht der Beschäftigten (einige Aspekte)

von je 100 Befragten



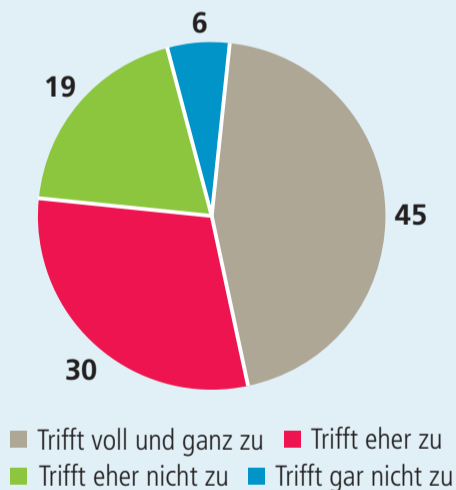
Arbeitsbelastung

Kommt es vor, dass Sie Abstriche bei der Qualität Ihrer Arbeit machen müssen, um Ihr Arbeitspensum zu schaffen?



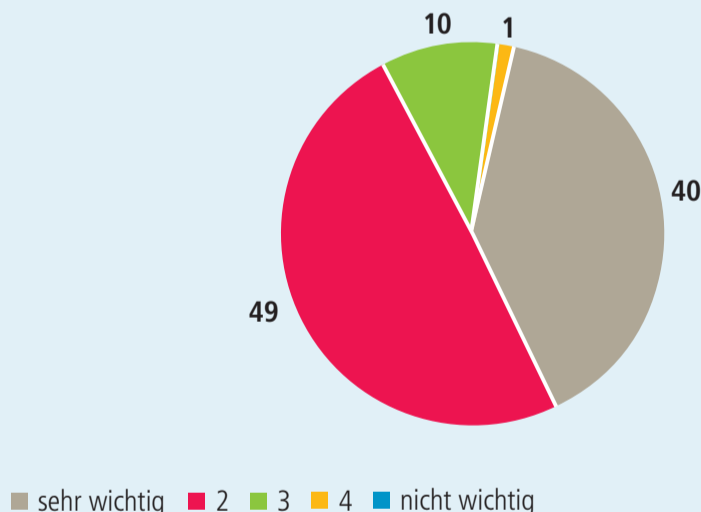
Personalebemessung

Was würde Ihnen helfen, ohne Druck zu arbeiten?



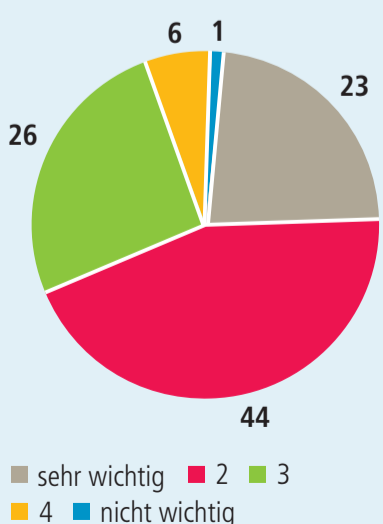
Arbeitszeit und Arbeitszufriedenheit

Wie wichtig ist für Sie persönlich, dass Sie genügend Zeit haben, um ihre Arbeit zu Ihrer Zufriedenheit auszuführen?



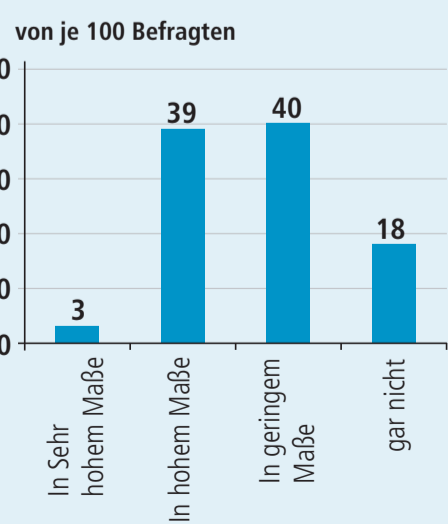
Aufstieg

Wie wichtig ist für Sie persönlich, dass Sie Aufstiegschancen haben?



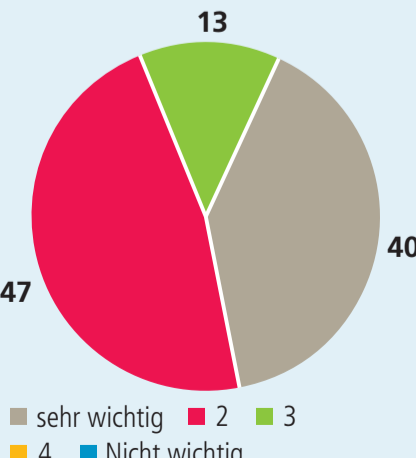
Angemessenes Einkommen

Wenn Sie an ihre Arbeitsleistung denken, halten Sie Ihr Einkommen für angemessen?

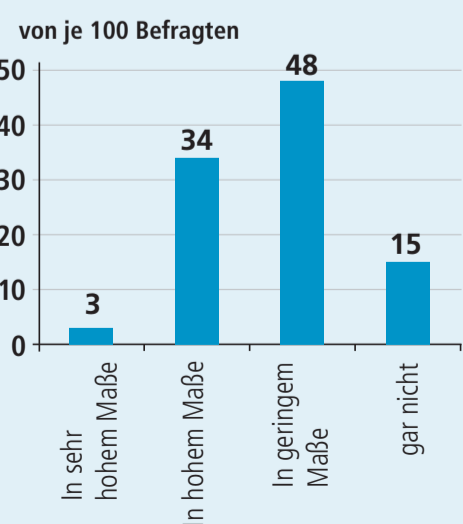


Qualifikation

Wie wichtig ist für Sie persönlich, dass Sie bei Ihrer Arbeit Ihre eigenen Fähigkeiten und Ihre Qualifikation weiterentwickeln können?



Werden Ihre Qualifizierungswünsche durch konkrete Angebote unterstützt?



Meinungen von Kolleginnen und Kollegen



Helga Büttner
Verwaltung
Deutscher Bundestag
Berlin

Ich unterstütze die Ziele von ver.di, weil diese genau da ansetzen, wo uns am meisten der Schuh drückt.



Silke Brasch
Diplom-Betriebswirtin
Deutsche Post AG
Münster

Große Sprünge sind diesmal wohl nicht drin, aber wenn es gelänge, unseren Arbeitsplatz ausbildungs- und laufbahnsprechend innerhalb der Unternehmen abzusichern und sozialverträgliche Regelungen zum vorzeitigen Ruhestand zu finden, dann wäre dies ein guter Weg.



Jürgen Soldner
Soldat
Dienstort Trier

Ohne öffentlichen Dienst wären wir in einer noch schwierigeren Lage. Wir engagieren uns jeden Tag für gute Dienstleistungen. Wir Soldatinnen und Soldaten übernehmen eine besondere Verantwortung, sogar unter Risiko für das eigene Leben.

Auf was kommt es jetzt in der Krise an?

Investieren statt zu demontieren ist die Devise: Wir brauchen einen starken öffentlichen Dienst. Wie sehe es in unserem Land aus, wenn wir in dieser Situation nicht einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst hätten? Es gilt das Gemeinwohl weiter zu fördern. Wachstum zeigt sich nicht nur durch die Steigerung wirtschaftlicher Kennzahlen, sondern auch durch die Steigerung der Lebensqualität für die Menschen.

Für den Bereich Post, Telekom und Postbank gilt es im Wettbewerb mit

anderen Anbietern durch qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen zu bestehen.

Sowohl im öffentlichen Dienst, als auch bei den Postnachfolgeunternehmen werden Menschen gebraucht, die gut ausgebildet bzw. qualifiziert die bestehenden und neuen Aufgaben erfolgreich bewältigen können. Maßnahmen in der Personalentwicklung sorgen dabei für eine zielgerichtete Ausrichtung einer Organisation bzw. eines Unternehmens.

Die Menschen brauchen berufliche Perspektiven:

- Die Wochenarbeitszeit reduzieren, um jungen Menschen im öffentlichen Dienst einen Arbeitsplatz zu sichern.
- Bei Post, Postbank und Telekom die jetzige Wochenarbeitszeit erhalten, um den Abbau weiterer Arbeitsplätze zu verhindern.
- Älteren Menschen einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Berufsleben durch die Fortsetzung der Altersteilzeitregelung ermöglichen

und die frei werdenden Stellen wiederzubesetzen, um nicht die bleibenden Kolleginnen und Kollegen zusätzlich zu belasten.

- Zusätzliche freie Tage für Schichtdienstleistende.
- Stärkere Anerkennung der Erziehung von Kindern und Pflege von Menschen, die deshalb teilzeitbeschäftigt sind.
- Erhöhung der Besoldung und Versorgung, um Kaufkraftverluste zu verhindern sowie die Inlandsnachfrage zu stärken.

Wir stellen sechs Themen vor, wo wir als ver.di Handlungsbedarf im Beamtenrecht sehen. Über die tatsächlichen Forderungen entscheidet die Bundstarifkommission am 15./16. Dezember 2009. Zuvor wird sich der Bundesausschuss für Beamtinnen und

Beamte mit den Themen befassen und eine Empfehlung aussprechen. Alle Mitglieder von ver.di können mitreden und mitentscheiden. Bei den Themen handelt es sich um qualitativen Verbesserungsbedarf bei den Beschäftigungsbedingungen.

Besoldung, Versorgung

Eine Erhöhung der Besoldung ist gerechtfertigt. Die Beamtinnen und Beamten erbringen gute Dienstleistungen. Ein Kaufkraftverlust darf nicht eintreten. Vielmehr gilt es in der jetzigen wirtschaftlichen Krise, die Inlandsnachfrage auszuweiten.

Auch aus Gerechtigkeitsgründen, muss es eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses öffentlicher Dienst auf die Beamtinnen und Beamten sowie Soldatinnen und Soldaten geben.

Wochenarbeitszeit

Die wöchentliche Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten muss an das tarifvertragliche Niveau angepasst werden. Dadurch können Arbeitsplätze sowohl im öffentlichen Dienst, als auch in den Unternehmen gesichert werden.

Außerdem trägt eine Wochenarbeitszeitverkürzung zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei.

Altersteilzeit

Die gesetzlichen Regelungen zur Altersteilzeit laufen Ende 2009 aus. Eine Anschlussregelung vorrangig als Blockmodell wäre sinnvoll.

Durch Altersteilzeit frei werdende Stellen müssen durch zusätzlichen Personaleinsatz wieder besetzt werden. Zu klären sind die Bedingungen, unter denen Altersteilzeit wahrgenommen werden kann.

Teilzeitbeschäftigung

Ab dem Jahre 2012 erhöht sich schrittweise die Regelaltersgrenze auf das 67. Lebensjahr. Sofern Beamtinnen und Beamte das 65. Lebensjahr und 45 Dienstjahre nach dem Jahre 2012 erreichen, ist eine vorzeitige abschlagsfreie Zuruhesetzung möglich. Diese Regelung ist zu

begrüßen, aber wir sehen eine Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten, die aufgrund von Kindererziehung und Pflegezeiten ihre wöchentliche Arbeitszeit reduziert haben. Teilzeitbeschäftigung wird nur anteilig bei der Berechnung der Dienstjahre berücksichtigt. Insbesondere Frauen fühlen sich zu Recht benachteiligt. Diese Regelung muss dringend nachgebessert werden. Kindererziehung und die Pflege von Menschen sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Die Zeiten müssen in gleichem Umfang Anerkennung finden, wie eine Vollzeitbeschäftigung.

Schichtdienst

Für Wechselschichtdienstleistende bestehen ergänzende Urlaubsregelungen. Diese Regelungen sollten für alle Schichtdienstleistenden gleichermaßen gelten.

Personalentwicklung

Die Bundeslaufbahnverordnung verpflichtet zur Personalentwicklung in allen Verwaltungen und Betrieben. Zudem besteht mit dem neuen Bundesbeamtengesetz eine Qualifizierungsverpflichtung und zugleich ein Qualifizierungsrecht für alle Beamtinnen und Beamte. Personalentwicklung ist ein zentraler Aspekt des Laufbahnrechtes. Dieses wiederum ist prägend für die berufliche Entwicklung einer Beamtin/eines Beamten. Von gutem Service, effektiver Arbeit, Sicherheit und Rechtmäßigkeit profitieren alle Verwaltungen und Betriebe. Zugleich können Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen die beruflichen Chancen (z. B. für einen Aufstieg) erweitern. Unseres Erachtens bedarf es erweiterter gesetzlicher Regelungen zur Umsetzung der Verpflichtung zu Personalentwicklung. Die Politik spricht viel von der Bedeutung beruflicher Bildung und muss Vorbild sein, für eine fortschrittliche Bildungspolitik im eigenen Gestaltungsbereich.

Jetzt Mitglied werden. Es lohnt sich!

Mitreden und Mitentscheiden

Forderungen werden bei uns nicht am „grünen Tisch“ entschieden, sondern von den Menschen, die bei uns Mitglied sind, selbst mehrheitlich beschlossen. Dazu finden Regionalkonferenzen in den ver.di-Landesbezirken statt. Die Bundestarifkommission, in der auch Beamtinnen und Beamte vertreten sind, entscheidet dann über die Forderungen zur Tarif- und Besoldungsrunde. Dies wird am 15./16. Dezember 2009 soweit sein. Über Zeitpunkt und Ort der Regionalkonferenzen informieren die ver.di-Bezirke. Wir bieten zudem an, die eigene Mei-

nung über das Internet uns weiterzugeben. Auf unserer Internetseite www.beamte.verdi.de gibt es hierzu weitere Hinweise.

Verhandlung und Gespräche

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen ist eine wichtige Grundlage für die Entscheidung zur gesetzlichen Übertragung durch den Bundestag. Wir wollen eine zeit- und inhalts-gleiche Übernahme bei Einkommensverbesserungen und bei der Alterszeitzeit. Dafür setzten wir uns ein. Bei den Verhandlungen wirken Beamtinnen und Beamte mit und wir füh-

ren Gespräche mit dem Bundesinnenministerium sowie nach Abschluss der Verhandlungen mit den Bundestagsfraktionen.

Die Tarifverhandlungen beginnen im Januar 2010. Wir werden über die jeweiligen Verhandlungsstände informieren.

Gesetzgebung

Gesetzliche Regelungen sind erforderlich, um Beamtenrecht ändern zu können. Wir werden der Bundesregierung im Dezember 2009 unsere Forderungen zur Besoldungsrunde 2010 übermitteln und die Interessen der

Beamtinnen und Beamten gegenüber der Bundesregierung vertreten.

Mitmachen und aktiv sein

Wer etwas erreichen möchte, muss auch selbst Verantwortung übernehmen und sich engagieren. Am besten geht dies in einer starken Gemeinschaft. Wenn erforderlich, wird ver.di zu Kundgebungen und Demonstrationen aufrufen. Dann heißt es mitmachen und aktiv sein. Mit dabei sein, das ist auch durch eine Mitgliedschaft in ver.di wichtig. Deshalb bitten wir Sie/Dich bei uns beizutreten und uns zu unterstützen.

Ja, ich unterstütze ver.di in der Tarif- und Besoldungsrunde. Ich möchte an einem guten Ergebnis teilhaben.

– Dein/Ihr Partner im Beruf

www.beamte.verdi.de

Herausgeber: ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Ressort 12, Bereich Beamtinnen und Beamte, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin · Verantwortlich: Achim Meerkamp, Mitglied des Bundesvorstandes
 Bearbeitung: Klaus Weber, Bereichsleiter; Fotograf: Kay Herschelmann · Layout: VH-7 Medienküche GmbH, Stuttgart · Druck: alpha print medien AG, Darmstadt · W-2840-03-1009

Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft



per Fax an
030 69 56-35 52

Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr _____

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname/Titel _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon _____

E-Mail _____

Staatsangehörigkeit _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten Soldatin/Soldat

Arbeiter/in Angestellte/r

Beamter/in DO-Angestellte/r

Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit

Teilzeit _____ Anzahl Wochenstnd.

Erwerbslos

Wehr-/Zivildienst bis _____

Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____

Schüler/in-Student/in bis (ohne Arbeitseinkommen) _____

Praktikant/in bis _____

Altersteilzeit bis _____

Sonstiges _____

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer im Betrieb _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer im Betrieb _____

Branche _____

ausgeübte Tätigkeit _____

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____
 Monat/Jahr Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

zur Monatsmitte zum Monatsende

monatlich halbjährlich

vierteljährlich jährlich

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen. *(nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben) _____

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in _____

Tarifvertrag _____

Tarifl. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe _____

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe _____

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst _____

Euro _____

Monatsbeitrag: Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift _____

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Telefon _____

Mitgliedsnummer _____